



Beschlussprotokoll der Delegiertenversammlung der GRÜNEN Schweiz, 15. August 2020, 11:00 - ca. 15:20 Uhr (Campussaal, Bahnhofstr. 6, 5210 Windisch)

Tagespräsidentin: Christiane Guyer (Stadträtin Zofingen und Regierungsratskandidatin)

Entschuldigungen: Adèle Thorens (Ständerätin [SR] VD), Katharina Prelicz-Huber (Nationalrätin [NR] ZH), Lisa Mazzone (NR, GE), Céline Vara (SR, NE), Meret Schneider (NR, ZH), Christophe Clivaz (NR, VS), Christine Badertscher (NR, BE), Ximena Kaiser Morris (etc.)

BEGRÜSSUNG

Christiane Guyer eröffnet die Delegiertenversammlung (DV) und gibt logistische Informationen rund um die sanitären Massnahmen gegen das Coronavirus. Seit den beschlossenen Massnahmen des Bundesrates ist dies die erste physisch abgehaltene DV.

GRUSSBOTSCHAFT

Irene Kälin (NR AG) begrüßt die Delegierten und freut sich, dass so viele Delegierte anwesend sind. Sie verweist auf die Wahlen im Aargau. Die junggrüne Klimaaktivistin Vera Becker ist auf dem Spitzenplatz der grünen Liste des Bezirks Baden aufgeführt. Christiane Guyer kandidiert für den Regierungsrat.

PRÄSIDENTIALREDE

Balthasar Glättli (Präsident GRÜNE Schweiz, NR, ZH): Achten Sie darauf, die Abstimmungen vom September nicht zu unterschätzen. Die Zeit ist reif für einen «Green New Deal». Jede vermiedene Tonne CO₂ ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jede ausgestoßene Tonne ist ein Schritt in die falsche Richtung. [Präsidentialrede](#)

GREEN NEW DEAL

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVE

Ellen Ueberschär (Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung) beschäftigt sich eingehend mit dem neuen European Green Deal. Der Vorschlag der EU-Kommission unter dem Vorsitz von Frau von der Leyen ist ein mutiger: Es handelt sich um eine Reihe von strategischen, legislativen Vorschlägen, die nun jedoch in allen Ländern der Union umgesetzt werden müssen. [Rede Ellen Ueberschär](#)

PRÄSENTATION, VORSCHLÄGE, DISKUSSION

Sophie Michaud Gigon (NR, VD): Es ist an der Zeit uns von der CO₂-lastigen Wirtschaft abzuwenden. Die Wirtschaft muss innerhalb der Grenzen des Planeten der Menschheit dienen. Wichtig ist auch die Verlagerung strategischer Produktionen (z.B. im medizinischen Bereich).

Franziska Ryser (NR, SG): Wir haben gerade eine der grössten Umwälzungen der letzten Jahrzehnte erlebt. Diese Umwälzungen dürfen nicht dazu führen, dass die Ungleichheiten vergrössert werden (starten wir eine Ausbildungsoffensive) oder dass der Klimawandel verstärkt wird (hören wir auf, in fossile Brennstoffe zu investieren).

1. Antrag von Luzius Theiler (BE, Grünalternative Partei), den ersten Absatz der Resolution zu ersetzen durch:

Ständiges Wirtschaftswachstum basiert auf Raubbau an den begrenzten natürlichen Ressourcen, zerstört die Lebensgrundlagen des Menschen und stellt damit die Zukunft des Planeten in Frage. Mit der dramatischen Klimakrise sind die Folgen der hemmungslosen Wachstumspolitik für alle sichtbar. Gefragt sind heute dringender denn je eine Begrenzung von Produktion, Konsum, Investitionen, Energie- und Rohstoffverbrauch auf ein global verträgliches Mass. Wer behauptet, soziale Gerechtigkeit lasse sich nur durch ständiges Wachstum finanzieren, zerstört auf die Dauer alle Grundlagen für eine friedliche und gerechte Gesellschaft. Mit Energieeffizienz allein ist das Klima nicht zu retten. Es braucht eine global verträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise.

Der erste Antrag von Luzius Theiler wird von der Geschäftsleitung angenommen. Eine Abstimmung ist nicht erforderlich.

2. Antrag von Luzius Theiler (BE, Grünalternative Partei) für einen neuen Absatz auf S.7. Von der Geschäftsleitung zur Ablehnung empfohlen, da es der Formulierung an Flexibilität mangelt:

Investitionen maßvoll tätigen, sich auf das Wesentliche beschränken und gegebenenfalls auf Luxus verzichten, z.B. auf den Bau neuer Straßen oder Verwaltungsgebäude.

Der Vorschlag von Oliver Thommen (BS), im 1. Antrag von Theiler "Klimawandel" durch "Klimakrise" zu ersetzen, wird von der Geschäftsleitung ebenfalls akzeptiert.

Der Antrag von Bruno Vanoni (BE), den ursprünglich 1. § zu behalten (aufgrund der Biodiversität), gefolgt vom 1. Antrag von Theiler, wird ebenfalls von der Geschäftsleitung akzeptiert.

Weitere Beiträge von Delegierten:

- Klimaneutral spätestens ab 2040: Warum dieses Datum? *Erklärung: Ziel ist es, dass die Schweiz bis 2040 klimapositiv ist.*
- Warum den Titel der Resolution amerikanisieren? *Die Krise ist global, also muss auch die Antwort global sein. Der englische Titel macht es möglich, Teil einer globalen Bewegung zu sein.*
- Es fehlt die Kritik am Wachstum, die Rolle der Landwirtschaft und der Schutz der Pächter. *Die Resolution ist auf der Ebene der Wirtschaftspolitik, des Sozialen und der Ökologie. Unter www.verts.ch/campagne/planclimat können Inputs zum Klimaplan abgegeben werden.*
- Historisch gesehen ist der « New Deal » ein riesiges Investitionsprogramm, das nur auf europäischer Ebene durchgeführt werden kann (vgl. Abstimmung über SVP-Initiative).
- Es ist auch notwendig, die lokale Besteuerung gerechter zu gestalten und eine Senkung des BIP anzustreben. *Die im BIP verankerten theoretischen Grundlagen sind nicht diejenigen der Wirtschaft von morgen.*

*Jost Rüegg, Sylvain Croset, Iris Schelbert und Robert Amiet werden zu Stimmzähler*innen ernannt. An der Versammlung sind 124 Delegierte.*

RESOLUTION « GREEN NEW DEAL »

Abstimmung: Der 2. Vorschlag von Luzius Theiler wird von einer grossen Mehrheit der Delegierten abgelehnt.

Abstimmung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

INFORMATIONEN AUS DER FRAKTION

Aline Trede (Fraktionspräsidentin, NR, BE) berichtete über die letzte Legislatur, die zu erheblichen Verbesserungen des CO₂-Gesetzes geführt hat. Es ist eine Chance mit einer so vielfältigen Fraktion (Know-how, Wissen, Horizont) zusammenzuarbeiten.

Mittagspause: bis 13.30 Uhr

VERDANKUNG DER GESCHÄFTSLEITUNG 2018-2020

- Thomas Schwager (Vizepräsident, SG), war massgeblich daran beteiligt, den Nationalratssitz in St.Gallen zurückzugewinnen.
- Céline Vara (Vizepräsidentin, SR, NE), hat den unglaublichen Sprung direkt in den Ständerat geschafft.
- Lisa Mazzone (Vizepräsidentin, SR, GE), war Sprecherin für die Westschweiz und leitete die Kampagne für die eidgenössischen Wahlen 2019 mit.
- Gerhard Andrey (Vizepräsident, NR, FR), ist der erste grüne Nationalrat des Kantons Freiburg.
- Regula Rytz (Präsidentin, NR, BE), unter ihrem Vorsitz haben die GRÜNEN den grössten Wahlerfolg in ihrer Geschichte erzielt.
- Regula Tschanz (Generalsekretärin, BE), hat sich sehr dafür eingesetzt die Arbeitsweise des Generalsekretariats zu professionalisieren. Sie übte solidarische und konstruktive Kritik, damit wir gemeinsam besser werden.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN VOM 27. SEPTEMBER

KÜNDIGUNGSINITIATIVE (« FÜR EINE MASSVOLLE ZUWANDERUNG »)

Greta Gysin (NR, TI): Die DV vom 25. Januar hat bereits die NEIN-Parole zur Kündigungsinitiative beschlossen. Die Einwanderung ist bereits eingeschränkt. Die SVP will die flankierenden Massnahmen abschaffen, die unser Land vor Lohndumping schützen.

ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE JAGD UND DEN SCHUTZ WILDLEBENDER SÄUGETIERE UND VÖGEL (JAGDGESETZ)

Bastien Girod (NR, ZH): An ihrer Sitzung vom 21. März 2020 hat der Vorstand bereits einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Leider wird nur selten über die Nützlichkeit des Wolfes als Regulator von Herden wilder Huftiere gesprochen. Die Regulierung wilder Huftiere führt dazu, dass sich die Bergwälder erholen können.

ÄNDERUNG DES BUNDESGESETZES ÜBER DIE DIREKTE BUNDES- STEUER (DBG) (STEUERLICHE BERÜCKSICHTIGUNG DER KINDERDRITT- BETREUUNGSKOSTEN)

Franziska Ryser (NR, SG): Auch hier hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 21. März 2020 einstimmig die NEIN-Parole beschlossen. Nur 6% der reichsten Familien profitieren von diesem Steuergeschenk. Die GRÜNEN und die SP haben das Referendum lanciert.

BUNDESGESETZ ÜBER DEN ERWERSERSATZ FÜR DIENSTLEISTENDE UND BEI MUTTERSCHAFT (INDIREKTER GEGENVORSCHLAG ZUR VOLKSINITIATIVE « FÜR EINEN VERNÜNFTIGEN VATERSCHAFTS- LAUB – ZUM NUTZEN DER GANZEN FAMILIE»)

Gerhard Andrey (NR, FR) Dieser Kompromiss ist sehr wichtig für die Gleichberechtigung. Die Aufgabenteilung entscheidet sich in den ersten Wochen nach der Geburt. Warnung: Nein zu sagen, weil der Vorschlag zu schwach ist, hieße, den Vaterschaftsurlaub und damit den Weg zum Elternurlaub abzulehnen.

Abstimmung: JA zum Vaterschaftsurlaub einstimmig, wie sowohl von der Geschäftsleitung als auch von der Parlamentsfraktion vorgeschlagen.

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE BESCHAFFUNG NEUER KAMPFFLUG- ZEUGE

Fabien Fivaz (NR, NE): Diese Initiative läuft auf einen Blankoscheck hinaus. Wir kennen weder die Anzahl noch das Modell der Flugzeuge. Flugzeuge schützen uns in jedem Fall nicht vor Pandemien, globaler Erwärmung oder Cyber-Angriffen. Die Geschäftsleitung schlägt einstimmig vor die Initiative abzulehnen, ebenso mit grosser Mehrheit die Fraktion.

Abstimmung: NEIN zu Kampfflugzeugen, eine Gegenstimme und zwei Enthaltungen.

STATUARISCHES

RECHNUNG 2019

Regula Tschanz (Generalsekretärin) erläutert den Jahresabschluss 2019. Henrich Kisker liest den Revisionsbericht und empfiehlt die Annahme der Rechnung 2019.

Abstimmung: Die Jahresrechnung 2019 wird einstimmig angenommen.

WAHL REVISOR

Abstimmung: Henrich Kisker wird einstimmig als Revisor wiedergewählt.

PROTOKOLLE DER DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN VOM 25. JANUAR 2020 UND VOM 20. JUNI 2020

Die Protokolle der DV vom 25. Januar in Frauenfeld und vom 20. Juni online werden mit Dank an ihre jeweiligen Verfasserinnen, Sylvie Ricci und Madeleine Zbinden, sowie an Evelyn Peterli (deutsche Übersetzung) angenommen.

DIVERSES

Die Wahl der Delegationen für die European Greens und die Global Greens wird aufgrund der großen Zahl der eingegangenen Bewerbungen auf die nächste DV verschoben.

Dominik Waser (Geschäftsleitungsmitglied Junge Grüne Schweiz, ZH): Eine agrarpolitische Arbeitsgruppe hat eine grüne Agrarstrategie mit drei Achsen erarbeitet: Ernährungssouveränität (Arbeitsbedingungen, Handel), Umwelt (Klima, Biodiversität, Tierschutz), Demokratie (Ausbildung, Konsumentenschutz).

Oleg Gafner (Co-Präsident Junge Grüne Schweiz, Geschäftsleitungsmitglied GRÜNE Schweiz): Die Jungen Grüne sind sehr enttäuscht über den Klimaplan.

Der Vorschlag der Jungen Grünen Schweiz, den Klimaplan so bald wie möglich auf die Tagesordnung einer DV zu setzen, wird von der Geschäftsleitung angenommen. Ohne einen Gegenvorschlag ist eine Abstimmung nicht erforderlich.

Marco Rudin (TI): Ein Argument der SVP-Initiative trifft ins Schwarze: der Inländervorrang. Allerdings müssen das Gesetz und die Solidarität priorisiert werden, unabhängig davon, ob jemand Inländer oder Ausländer ist.

Ende: 15:20